

Frank Greuel

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – Ansätze der pädagogischen Prävention

Frank Greuel



- Diplom-Pädagoge
- Arbeitsschwerpunkte: Wissenschaftliche Begleitforschung zur Prävention von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus, Evaluation
- Wissenschaftlicher Referent der „Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und der Programmevaluation „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ am Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle

Abstract

In der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren eine breite Praxislandschaft pädagogischer Prävention gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit etabliert. Dabei handelt es sich um Ansätze der politischen Bildung, des interkulturellen Lernens und um Angebote, die die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft zum Ziel haben. Auch die Zielgruppen sind vielfältig und reichen von Kindern im Kindergartenalter bis hinzu Angehörigen von Ausstiegswilligen aus der rechtsextremen Szene.

Die bestehende Projektvielfalt wurde durch verschiedene Bundesprogramme im Themenfeld mitinitiiert. Dabei sehen sich die Projekte kontinuierlich mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass sie zumeist nicht in Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe überführt werden und somit auf zeitlich befristete Unterstützung von Bund, Land und Kommunen angewiesen sind.

In seinem Beitrag stellt Frank Greuel Ansätze, Herausforderungen und Potenziale pädagogischer Präventionsarbeit im Themenfeld Rechtsextremismus vor. Dargestellt werden neben bisherigen Erfahrungen auch Entwicklungsbedarfe – insbesondere in Hinblick auf adäquate Angebote für eine sich verändernde (Einwanderungs-)gesellschaft, einen verstärkten institutionalisierten fachlichen Austausch sowie eine verbesserte Reputation für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. der nachhaltigen Verankerung der Präventionsarbeit in bestehende Strukturen.

Frank Greuel

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

Ansätze der pädagogischen Prävention^{1, 2}

In der Bundesrepublik existiert eine breite Landschaft an Angeboten, die sich der pädagogischen Prävention von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus widmet. Grundsätzlich sind die Projekte, die sich pädagogisch-präventiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit an Kinder und Jugendliche wenden, in Deutschland in der Struktur der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Angesiedelt ist der größte Teil der Projekte der pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Freien Trägern der Jugendhilfe. Projekte, die pädagogisch-präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leisten, werden zu meist nicht regelhaft im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe gefördert, sondern sind von anderen Finanzierungsquellen abhängig und weisen damit ebenfalls in der Regel eine begrenzte Laufzeit auf. Insgesamt ist festzuhalten, dass der größte Teil der einschlägigen Projekte über Bundesmittel finanziert wird bzw. im Rahmen verschiedener Bundesprogramme zumindest teilfinanziert wird. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für entsprechende Projekte

liegen z.B. im Rahmen einer Förderung durch private Stiftungen (z.B. die Amadeu Antonio Stiftung).

Abgesehen von diesen finanziellen Rahmenbedingungen lässt sich auf einer inhaltlichen Ebene feststellen, dass verschiedenste pädagogische Ansätze und Methoden umgesetzt werden. Heterogen sind ebenfalls Zielgruppen und Orte der pädagogischen Angebote.

Lern- und Bildungsorte

Mit Blick auf die Orte, an denen pädagogisch-präventive Angebote stattfinden, kann danach unterschieden werden, ob sie an Schulen oder im außerschulischen Bereich durchgeführt werden.

In einer Recherche³, die von der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Auftrag gegeben wurde, ist der Frage nachgegangen worden, welche Rolle pädagogisch-präventive Angebote gegen Rechtsextremismus in den schulischen Curricula und schulbezogenen Programmen spielen.⁴ Festgestellt werden konnte, dass in den schulischen Curricula die Themenfelder Demokratiepädagogik und Interkulturelle Bildung – denen allgemein präventive Wirkung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zugestanden wird – durchaus eine gewisse Rolle spielen. Insbesondere das Themenfeld Demokratiepädagogik hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

¹ Dieser Text erschien als Teil eines gemeinsamen Artikels von Frank Greuel und Anna Verena Münch zu „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Ein Überblick zu aktuellen Erscheinungsformen und Ansätzen der pädagogischen Prävention“ in: Münch, Anna Verena; Glaser, Michaela (Hrsg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa. Erscheinungsformen, gesellschaftliche Reaktionen und pädagogische Antworten. 2011, S. 52-81.

² Ich danke Michaela Glaser für ihre kritische Diskussion zum vorliegenden Text und ihre hilfreichen Hinweise. Dank dafür gebührt ebenfalls Frank König.

³ Die Recherche wurde von Wiebke Eltze geleistet, der an dieser Stelle großer Dank gebührt.

⁴ Grundlage der Rechercheergebnisse war eine Umfrage unter den Kultusministerien der Bundesländer sowie eine Recherche der Rahmenlehrpläne für die in Frage kommenden Fächer sowie der Schulgesetze und schulbezogenen Programme.

Impulse gingen insbesondere vom Schulentwicklungsprogramm „Demokratie lernen & leben“ aus, das von der Bund-Länder-Kommission (BLK) initiiert und von 2002 bis 2007 in 13 Bundesländern durchgeführt wurde. Reagiert werden sollte damit auf „Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen und auf die seit Jahren zunehmende Politikverdrossenheit und Politikdistanz“⁵. In einigen Bundesländern wird dieses Programm in Form von Transfer-Projekten fortgesetzt. Bedeutung kommt auch dem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Stärkung der Demokratieerziehung (2009) zu. Vorgesehen ist hier die Verankerung demokratiepädagogischer Aspekte in schulinternen Curricula und die „Förderung einer fundierten Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus, mit Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus, Gewalt und Intoleranz, beginnend in der Grundschule“.

Der dezidierte Präventionsauftrag gegen (Rechts-)Extremismus, der hier formuliert wird, findet offenbar nur eingeschränkt eine Entsprechung auf inhaltlicher Ebene. Der Schwerpunkt der Programme liegt im Bereich demokratischer Schulkultur sowie Schulentwicklung, während die dezidierte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus unscharf bleibt. Als Hauptziel wird formuliert, Schüler für demokratische Aktivitäten zu gewinnen sowie Partizipation und Demokratieverständnis zu fördern.

Generell lässt sich feststellen, dass direkte

Auseinandersetzungen mit aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus innerhalb schulischer Curricula nur selten stattfinden. Häufig erschöpfen sich thematische Bezüge in der Behandlung des Nationalsozialismus. Zudem werden diese Themen – wenn überhaupt – erst spät, nämlich ab Klassenstufe 9, häufig sogar erst in den Stufen 11 und 12 behandelt, so dass sie nur einen Teil der Schülerinnen und Schüler überhaupt erreichen⁶. Außerdem lässt sich konstatieren, dass schulische Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wenig koordiniert durchgeführt werden und zudem meist nicht institutionell verankert sind⁷. Probleme und Schwierigkeiten bei der systematischen und flächendeckenden Implementierung entsprechender Angebote liegen auch in der föderalen Struktur der Bundesrepublik begründet, in der der Schulbereich in die Hoheit der Bundesländer fällt. Der Bund hatte demgegenüber bis zum Jahr 2008 nur wenige Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten, die insbesondere durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) abgedeckt wurden. Inzwischen hat der Bund durch die Föderalismusreform seine strukturierten Einflussmöglichkeiten auf curriculare Inhalte verloren.

Ein weiteres Hindernis für die systematische Einbindung entsprechender Präventionsinhalte sind die eng begrenzten zeitlichen Räume des „normalen“ Schulbetriebs. Die stärkere Etablie-

⁵ www.blk-demokratie.de/index.php?id=83

⁶ Eltze, Wiebke (2010): Aktivitäten und Ansätze zur schulischen Rechtsextremismusprävention im bundesdeutschen Ländervergleich. Endbericht zu einer Recherche für das Deutsche Jugendinstitut (unveröff. Manuskript).

⁷ Elverich, Gabi (2004): Anhang: Expertise zu den bildungspolitischen Reaktionen auf die Einwanderungsgesellschaft in den Bundesländern. In: Hormel, Ulrike / Scherr, Albert (2004) (Hg.), Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 309-330, S.327.

rung von Ganztagschulen hätte aus dieser Perspektive den bedeutsamen Vorteil, dass eine Integration dieser Angebote sicher leichter durchführbar wäre und zeitliche Begrenzungen weniger ins Gewicht fallen würden.

Zwar sind dezidierte pädagogische Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kaum verbindlicher Teil des schulischen Unterrichts. Trotzdem kommt den Schulen als Kooperationspartnern in der Präventionsarbeit große Bedeutung zu. Ein bedeutender Teil der Angebote von außerschulischen Trägern findet in Kooperation mit Schulen bzw. an Schulen statt. Dabei handelt es sich jedoch nicht um integrierte Bestandteile des schulischen Lehrplans, sondern um unterrichtsergänzende Angebote, die an der Schule oder auch an außerschulischen Lern- und Bildungsorten stattfinden. Für die außerschulischen Träger stellt es einen bedeutenden Vorteil dar, die Zielgruppe über oder in Schulen zu gewinnen, denn hier kann eine sehr breite Zielgruppe erreicht werden und die Zugangsbarrieren von Seiten der Teilnehmer/innen sind gering. Damit eignet sie sich insbesondere für solche präventiven Angebote, die sich grundsätzlich an alle Personen richten und die Zielgruppe nicht auf bestimmte Gefährdungslagen oder bereits vorliegende problematische Merkmalsausprägungen beschränken. Andererseits steigt in schulischen Kontexten der Grad an Zwang, mit dem die Angebote durchlaufen werden, was tendenziell dem demokratischen Grundgedanken zuwiderläuft, dem die Prävention gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verpflichtet ist⁸.

⁸ Vgl. Glaser, Michaela/Johansson, Susanne (2012): Außerschulische und schulische Bildung zu Rechts-Extremismus und Frem-

Die Formen der Kooperation zwischen den außerschulischen Akteuren und den Schulen, an denen die Angebote stattfinden, sind häufig nicht optimal. Glaser/Johansson⁹ resümieren, dass hier befristete Kooperationen mit befristetem Projektangebot dominieren, die in einem sensiblen Themenfeld, wie der Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, verschiedene Probleme mit sich bringen können.

Der größte Teil der pädagogisch-präventiven Angebote gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird in Deutschland durch außerschulische Träger umgesetzt. Angebote finden dabei an Schulen, aber auch an einem breiten Spektrum von außerschulischen Lern- und Bildungsorten (z.B. Gedenkstätten, Jugendbildungsstätten, Bildungsprojekte Freier Träger, Jugendverbände, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit) statt. Freiwillige, nicht verpflichtende Angebote stehen dabei vor der besonderen Herausforderung, die Zielgruppe(n) zur Mitarbeit zu motivieren und dabei nicht nur die ohnehin interessierten und engagierten Personen zu erreichen.

Zielgruppen

Die verschiedenen Angebote pädagogischer Prävention richten sich in erster Linie direkt an Jugendliche oder auch Kinder, es gibt jedoch zunehmend Versuche, auch Eltern und relevante Erwachsene einzubeziehen.

Die Angebote der pädagogischen Prävention im Feld lassen sich danach unterscheiden, welchen Grad der Ausprägung an rechtsext-

denfeindlichkeit. In: Bernadette Boos, Reiner Engelmänn (Hg.): Rechtsextremismus im Alltag. Karlsruhe: Von Loeper, S. 88-107. 9 Ebd.

remem bzw. fremdenfeindlichen Orientierungen die Zielgruppen aufweisen. Die meisten Angebote wenden sich an Jugendliche, die (noch) keine Auffälligkeiten aufweisen bzw. an Kinder. Vergleichsweise wenige Angebote richten sich an Jugendliche mit problematischen Orientierungen, ohne dass diese verfestigt sind. Hier von abzugrenzen sind explizite Aussteigerprogramme, die auf Personen mit verfestigten ideologischen Haltungen und/oder Mitgliedschaften in rechtsextremen Gruppierungen und/oder ideologisch begründete Straffälligkeiten zielen.

Ansätze und Methoden von Präventionsangeboten

In Deutschland existiert eine Vielzahl von Projekten, die sich der pädagogisch-präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit widmet. Deren Angebote sind inhaltlich sehr heterogen und setzen verschiedene Schwerpunkte. Nach Möller¹⁰ lassen sich diese zunächst grob danach unterscheiden, auf welcher Ebene sie agieren:

- Wissensvermittlung (Information, Aufklärung, Bewusstmachung, argumentative Überzeugung, kognitiv-moralische Reflexion)
- Erfahrungslernen (Vermittlung und Förderung personaler und sozialer Kompetenzen, Vermittlung funktionaler Äquivalente zu problematischen Ori-

entierungen bzw. Verhaltensweisen)

- Helfen als opfer- und täterbezogene personale Zuwendung¹¹
- Gestaltungsinteressen (Strategien infrastruktureller Arbeit, politische Einmischung, Sozialraumorientierung)

Eine weitere Differenzierung beruht auf den verschiedenen Inhalten der Präventionsansätze. Eine ausführliche Darstellung der pädagogischen Präventionslandschaft, die dieser Logik folgt, stammt von Rieker¹². Diese Arbeit bildet eine wesentliche Grundlage für die folgenden Darlegungen. Die am weitesten verbreiteten Ansätze lassen sich nach Rieker danach unterscheiden, ob es sich um Ansätze der politischen Bildung, des Interkulturellen Lernens oder der Prävention durch Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft handelt. Ergänzt wird diese ansatzbezogene Differenzierung bei Rieker durch eine zielgruppenbezogene Unterscheidung. Ein kleiner Teil der pädagogischen Angebote richtet sich an „rechtsextrem orientierte Jugendliche“¹³. Im Rahmen früh ansetzender Prävention stellen ebenso Kinder eine wichtige Zielgruppe pädagogischer Präventionsarbeit dar.

Vor dem Hintergrund der getroffenen Unter-

¹⁰ Möller, Kurt (2002): Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze der Stärkung von Integrationspotenzialen zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auf dem Hintergrund von Anerkennungszerfall und Desintegration. Bielefeld/Esslingen; verfügbar unter: <http://www2.hsesslingen.de/~moeller/Expertise%20P%e4dagogische%20und%20sozialarbeiterische%20Ans%e4tze%20zur%20Bearbeitung%20von%20Rechtsextremismus.%20Fremdenfeindlichkeit%20und%20Gewalt/>

¹¹ Opferorientierte Hilfeleistungen werden aus den folgenden Ausführungen ausgeklammert, da ihr Beitrag zur Prävention der Ausprägung fremdenfeindlicher oder rechtsextremer Orientierungen eher als gering einzuschätzen ist (vgl. Möller 2002, S. 51).

¹² Grundlage waren hierbei die verschiedenen Erhebungen und Analysen, die in wechselnden Arbeitsschwerpunkten von der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am DJI bzw. innerhalb der Vorgängerprojekte bearbeitet wurden. Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Weinheim/München: Juventa

¹³ In der Terminologie der Förderprogramme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Themenfeld Rechtsextremismus wird von „rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen“ gesprochen. Gleichbedeutend dazu spreche ich von „rechtsaffinen“ und „rechtsorientierten“ Jugendlichen. Vgl. z.B. Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Münch, Anna Verena (2007): Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Forschungsbericht an die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. In: Berliner Forum Gewaltprävention. 30, S.48.

scheidungen werden im Folgenden die verbreiteten Ansätze der pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit näher vorgestellt.

Ansätze politischer Bildung

Weit verbreitet sind in Deutschland Angebote der politischen Bildung. Diese sind in erster Linie wissensvermittelnd und u.U. auch an Gestaltungsinteressen ausgerichtet. Neben der Vermittlung von Wissen bietet politische Bildung auch Foren und Anregungen, die den Beteiligten „die Erfahrung von kommunikativer Freiheit und befriedigender Konfliktregelung ermöglichen“¹⁴. Grundsätzlich ist politische Bildung dem Prinzip der Freiheitlichkeit verpflichtet. Dies ist im sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ festgeschrieben und umfasst drei Aspekte: das Überwältigungs- oder Indoktrinationsverbot, das Kontroversitätsgebot in der Gestaltung der politischen Bildung und das Ziel der politischen Bildung, nämlich ihre Adressaten zur Erkenntnis und Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zu befähigen. Grundsätzliche Voraussetzung für politische Bildung ist, dass die Teilnehmenden ein Mindestmaß an Offenheit und Interesse zumindest an einzelnen Themen aufweisen. Außerdem ist Diskussionsbereitschaft eine unabdingbare Voraussetzung. Damit zielen sie tendenziell eher auf höher gebildete Jugendliche. Die Angebote politischer Bildung erreichen vor allem Jugendliche der Bildungseliten und weniger die „Durchschnittsjugendlichen“¹⁵. Angesichts dieses Defizits besteht im Bereich politischer Bildung vor allem ein hoher Bedarf für fachli-

che Weiterentwicklungen, die ein breiteres Zielgruppenspektrum erreichen. Teilweise existieren auch Projekte, die in ihrer Konzeptentwicklung entsprechende Umsteuerungen vorgenommen haben und z.B. bereits erfolgreich mit bildungsfernen Jugendlichen arbeiten.

Inhaltlich können die Angebote der politischen Bildung die Vermittlung historischen Wissens (historisch-politische Bildung) ebenso wie die Aufklärung über gegenwärtige Entwicklungen und Tendenzen mit Blick auf Rechtsextremismus oder die Thematisierung von Werten und Rechten wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität vor dem Hintergrund aktueller Zustände wie auch rechtsextremistischer Bestrebungen (Menschenrechtspädagogik) umfassen.

Ansätze Interkulturellen Lernens

Ansätze Interkulturellen Lernens umfassen die Auseinandersetzung mit „realer oder vermeintlicher Fremdheit in ethnisch-kultureller Hinsicht“¹⁶. Sie beziehen sich also auf Prozesse zwischen Gruppen, die sich durch ethnische, herkunftskulturelle oder nationale Kategorien tatsächlich oder vermeintlich voneinander unterscheiden. Von diesen Ansätzen zu unterscheiden sind solche, die andere Differenz- oder Konstruktionslinien (Geschlecht, sexuelle Orientierung etc.) betonen bzw. einen allgemeineren Zuschnitt haben. Dies ist bei Anti-Bias¹⁷-, Diversity¹⁸- oder Antidiskriminierungsansätzen¹⁹ der Fall, auf die im Folgenden nicht

¹⁴ Kohlstruck, Michael (2002): Politische Bildung und Rechtsextremismus. Online verfügbar unter

S. <http://www.loccum.de/material/bildung/kohlstruck.pdf>, S.3.

¹⁵ Vgl. Rieker 2009, S.59.

¹⁶ Rieker 2009, S.71.

¹⁷ Gramelt, Katja (2010): Der Anti-Bias-Ansatz. Zu Konzept und Praxis einer Pädagogik für den Umgang mit (kultureller) Vielfalt. Wiesbaden: VS-Verlag.

¹⁸ Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag, S.203ff.

¹⁹ Fritzsche, Heike/Liebscher, Doris/Pates, Rebecca (Hg.) (2010):

näher eingegangen wird.

Ziele Interkulturellen Lernens liegen in erster Linie darin, Lernprozesse anzuregen und sowohl Angehörige der Mehrheitsgesellschaft wie auch Migranten zu einem kompetenten Umgang mit kulturellen Differenzen bzw. dem Leben in einer multikulturellen Gesellschaft zu befähigen²⁰. Die Zielgruppe beschränkt sich dabei letztlich auf Jugendliche, die keine verfestigten fremdenfeindlichen Orientierungen oder negative Haltungen gegenüber den zu begegnenden Ethnien aufweisen. Zwar werden durch die bestehenden Angebote teilweise auch fremdenfeindlich eingestellte Jugendliche erreicht. Dies stellt jedoch besondere Anforderungen an die Projektmitarbeitenden. Glaser/Rieker²¹ votieren in diesem Zusammenhang dafür, „fremdenfeindliche Jugendliche als potenzielle Zielgruppe bei der Konzeption von Angeboten Interkulturellen Lernens systematisch einzubeziehen“, wobei „die besonderen Voraussetzungen der Arbeit mit dieser Zielgruppe reflektiert und in Rechnung gestellt werden“ muss.

In Hinblick auf eine wesentliche Rahmenbedingung Interkulturellen Lernens, nämlich das sozialräumliche Umfeld, zeigen sich nach Glaser/Rieker²² in der Bundesrepublik tiefgreifende lokale Unterschiede. In den westdeutschen Ballungsgebieten gehören Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft zu den Alltagserfahrungen, so dass Angebote, die Ansätze Interkulturellen

Lernens praktizieren „an einer Vielzahl von Erfahrungen, Wissensbeständen und Alltagspraktiken in Hinblick auf interethnisches Zusammenleben und seine Konflikte anknüpfen“²³ können. Vor allem in ländlichen Regionen Ostdeutschlands zeigen sich angesichts eines geringeren Anteils an Personen mit Migrationshintergrund andere Ausgangsbedingungen, die die interkulturelle Arbeit vor die Herausforderung stellen, diese Charakteristika bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten hinreichend zu beachten²⁴.

Prävention durch Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durch die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft präventiv zu begegnen beruht auf der Erkenntnis, dass Rechtsextremismus nicht nur als Problem einzelner Menschen oder Gruppen zu sehen ist, sondern ebenfalls auf ein „Problem der gesamten Gesellschaft und ihrer politischen Kultur“²⁵ verweist.

Verschiedene Maßnahmen zielen daher darauf, bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und letztlich eine funktionierende Zivilgesellschaft zu fördern bzw. die „Aktivierung eines demokratischen Gemeinwesens in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“²⁶ zu erreichen. Des Weiteren findet eine Unterstützung von potenziellen sowie tatsächlichen Opfern rechtsextremer Aktivitäten statt, wobei hier hauptsächlich auf

Antidiskriminierungspädagogik. Konzepte und Methoden für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Wiesbaden: VS-Verlag.

²⁰ Vgl. Auernheimer, Georg (2007): Einführung in die interkulturelle Pädagogik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

²¹ Glaser, Michaela/Rieker, Peter (2006): Interkulturelles Lernen als Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Ansätze und Erfahrungen in Jugendbildung und Jugendarbeit. Halle: DJI.

²² Ebd.

²³ Ebd., S.96.

²⁴ Vgl. Glaser, Michaela: Interkulturelles Lernen in Ostdeutschland - Voraussetzungen, Entwicklungslinien und Perspektiven. In: Reiberg, Ludger (Hg.), Berufliche Integration von Jugendlichen in der multikulturellen Gesellschaft“, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007, S.45-54.

²⁵ Rieker 2009, S.143.

²⁶ Ebd.

das soziale Umfeld, das sich für Demokratie, Toleranz und Gleichbehandlung von Minderheiten einsetzt, fokussiert wird.

Eine andere Strategie pädagogischer Prävention besteht in der expliziten Unterstützung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Gegenkräfte, insbesondere in Sozialräumen, in denen rechtsextreme oder fremdenfeindliche Bestrebungen stattfinden und/oder breitere Bevölkerungsschichten problematische Orientierungen teilen. Dies vollzieht sich z.B. darin, dass alternative Jugendliche bzw. alternative/emanzipatorische Jugendkulturen gestärkt werden, etwa indem ihnen Raum gegeben wird und Jugendeinrichtungen eine entsprechende Offenheit signalisieren.

Insgesamt sind die genannten Formen präventiver Angebote insbesondere auf Strukturen ausgerichtet und zielen zunächst weniger auf Orientierungs- oder Verhaltensänderungen bei einzelnen Personen. Gleichzeitig werden diese Angebote – im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Ansätzen und Methoden – momentan weniger im Rahmen regelhafter Förderung oder von Freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe angeboten, sondern sind vor allen Dingen wesentlicher Bestandteil vergangener und aktueller Bundesprogramme zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Innerhalb dieser Programme vollzog sich seit dem Jahr 2001, auch im Zuge eines Paradigmenwechsels in den öffentlichen Diskussionen um geeignete und wirkungsvolle Strategien gegen Rechtsextremismus, eine Betonung von Demokratieförderung und eine stärkere Fokus-

sierung auf die Förderung von Zivilgesellschaft als Gegenkraft zu lokalen rechtsextremistischen Bestrebungen. Gefördert werden in diesem Zusammenhang im aktuellen Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ „Lokale Aktionspläne“ (LAP), die der Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort dienen, sowie Beratungsnetzwerke, aus denen heraus im Falle akuter Problemlagen vor Ort Hilfe geleistet und Unterstützung gegeben werden soll. Die Förderung der Zivilgesellschaft ist ebenfalls wesentliches Anliegen des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern (BMI).

Ansätze früher Prävention

Von Bedeutung sind ebenfalls Angebote früher Prävention, die sich an Kinder wenden. Angewandt wird hier ein denkbar breites Spektrum an Präventionsmaßnahmen. Eingeschlossen sind dabei wissensvermittelnde (historischpolitische Bildung, Interkulturelles Lernen, geschlechtssensible Angebote) sowie auf Erfahrungslernen (Stärkung personaler und soziale Kompetenzen) und Gestaltungsinteressen (Förderung von Partizipation) abzielende Ansätze. Da in diesem Bereich letztlich keine spezifischen Ansätze nötig sind, sondern eher etablierte Ansätze der Altersgruppe angemessen modifiziert werden, soll auf den Bereich der frühen Prävention hier nicht näher eingegangen werden²⁷.

Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem ori-

²⁷ Weiterführend s. Rieker 2009.

entierten Jugendlichen

Ziel der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist, einer weiteren Verfestigung entgegenzuwirken bzw. die Distanzierung von entsprechenden Zugehörigkeiten und Orientierungen zu fördern.

Gegenüber den bisher referierten Ansätzen beinhaltet die Arbeit mit rechtsextrem orientierten (also Personen, die zwar entsprechende Orientierungen, aber noch keine verfestigten Orientierungen aufweisen) bzw. auch die ausstiegsorientierte Arbeit mit Jugendlichen (also denen, die über verfestigte ideologische Orientierungen und Einbindungen verfügen) eine sehr viel stärkere personale Zuwendung. Im Mittelpunkt steht hier die Beziehungsarbeit mit einzelnen Individuen, wobei diese inhaltlich vor allem Komponenten des Erfahrungslernens und der Wissensvermittlung enthalten, aber auch an Gestaltungsinteressen ausgerichtet sein können. Konzeptionell werden vor allem unterschiedliche Varianten der beziehungsorientierten Arbeit umgesetzt, in denen die Akzeptanz der Person (nicht die Akzeptanz ihrer politischen Position) im Zentrum steht, wobei dies z. T. auch mit konfrontativen Elementen verbunden wird²⁸. Pingel/Rieker²⁹ konnten in ihrer Untersuchung der praktischen Umsetzung dieser Ansätze zeigen, dass die pädagogische Arbeit mit diesen Zielgruppen trotz einzelner problematischer Entwicklungen erhebliche Potenziale besitzt und auch Erfolge auf-

weisen kann, sofern sie unter adäquaten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen umgesetzt wird.

Herausforderungen in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen bestehen insbesondere darin, zeitgemäße Zugänge zu diesen Jugendlichen zu gewinnen, d.h. den wandelnden Szenen (neue jugendkulturelle Erscheinungsformen) und Gruppenzusammenhängen (größere Heterogenitäten in Cliques) gerecht zu werden.

In der Fachdebatte angemerkt wird ebenfalls, dass Rechtsextremismus immer noch vor allem als Problem junger Männer behandelt wird, obgleich sich rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen auch bei Mädchen und jungen Frauen zeigen. Eine zentrale Anforderung für die pädagogische Fachpraxis ist es daher, geschlechtsspezifische Zugänge zu entwickeln und neben einer „spezifischen Jungenarbeit“ auch eine entsprechende „Mädchenarbeit“ zu etablieren³⁰.

Die ausstiegsorientierte Arbeit mit Jugendlichen hat gegenüber der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen stärker hilfebezogenen und einzelfallbezogenen Charakter. Den stark ideologisierten und in entsprechende Gruppen eingebundenen Jugendlichen werden Unterstützungsangebote bzw. Hilfen für ein Leben außerhalb der rechten Szene unterbreitet. Sie zielen dabei letztlich „auf eine Stabilisierung und Kompetenzerweiterung der Persönlichkeit, auf die Entlastung des Lebensumfelds von tatuslösenden Faktoren und ggf. auf

²⁸ Vgl. Krafeld, Franz-Josef (2000): Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit. In: Deutsche Jugend 48. Jg., H. 6, S. 266-268; Osborg, Eckart (2006): Der konfrontative Ansatz der Verunsicherungspädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen. In: Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hg.), Konfrontative Pädagogik. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 165-181.

²⁹ Pingel, Andrea/Rieker, Peter (2002): Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig: DJI.

³⁰ Vgl. Elverich, Gabi/Glaser, Michaela (2009): Mädchenspezifische Perspektiven auf die pädagogische Rechtsextremismusprävention. In: Betrifft Mädchen. 22. Jg. Heft 1, S. 4-11.

Resozialisierung“³¹.

Für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen wie auch die ausstiegsorientierte Arbeit gilt, dass diese Ansätze innerhalb des Fachdiskurses häufig ambivalent beurteilt oder mitunter auch abgelehnt werden. Die Strategien der Zuwendung und Hilfe für rechtsextrem orientierte Jugendliche, die diesen Ansätzen zugrunde liegen, werden mitunter als kontraproduktiv bewertet, da sie als Unterstützung für deren politische Positionen interpretiert werden. Eine (Sozial-)Pädagogik, die dem Hilfe-paradigma verpflichtet ist und sich nicht nur in der Forderung nach Sanktionen erschöpft, kommt jedoch nicht umhin, auch diesen Jugendlichen Hilfe zu gewähren. Dies ist zu trennen von einer Unterstützung für deren politische Positionen. Es erfordert vielmehr im Sinne der Zielstellung eine klare politische Distanzierung der pädagogischen Fachkräfte.

Angesichts der Vorbehalte, die gegen diese Ansätze bestehen, liegt eine wesentliche Herausforderung dieser Arbeit über den engeren fachlichen Entwicklungsbedarf letztlich auch darin, eine stärkere Akzeptanz, Anerkennung und breitere Unterstützung für diese Ansätze herzustellen.

Strukturen der Vernetzung und des Austauschs

Wie in den vorangegangenen Ausführungen deutlich wurde, existiert in der BRD eine breite Landschaft an Projekten und Angeboten, die sich präventiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wenden. Ein regelmäßiger und institutionalisierter fachlicher Aus-

tausch dieser Projekte untereinander lässt sich jedoch kaum beobachten. Die wenigen Angebote der Vernetzung und des Austauschs vollziehen sich themenspezifisch (z.B. die jährlich stattfindenden Tagungen des Lidice-Hauses im Themenfeld der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen). Andererseits kann festgehalten werden, dass sich ein fachlicher Austausch in Deutschland auch über Fachdiskurse vollzieht, die in einschlägigen Fachzeitschriften (z.B. „Unsere Jugend“, „Deutsche Jugend“) Raum finden.

Übergreifender fachlicher Entwicklungsbedarf

Über die bereits angeführten ansatzspezifischen Entwicklungsbedarfe hinaus bestehen vor allem in zweifacher Hinsicht übergreifende Bedarfe. Zum einen können der Wandel der bundesdeutschen Gesellschaft hin zu einer Einwanderungsgesellschaft und die damit einhergehenden Realitäten für die pädagogischen Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht folgenlos bleiben. Menschen mit Migrationshintergrund als selbstverständlichen Teil dieser Gesellschaft anzuerkennen bedeutet auch, diese in die Präventionsangebote einzubinden und hierbei auch bestehende Differenzen zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, sofern sie denn bestehen, zu beachten. Es stellt sich also die Aufgabe, die bestehenden Angebote von ihrer Zentriertheit auf die Mehrheitsdeutschen ohne Migrationshintergrund zu lösen und offener zu gestalten.

Der dargestellte Entwicklungsbedarf ergibt sich nicht zuletzt auch aus der Erkenntnis, dass rechtsextreme, ethnozentrische und fremden-

³¹ Möller 2002, S.51.

feindliche Orientierungen z.T. auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgeprägt werden³² und die Pädagogik hierauf Antworten finden muss³³.

Weiterer Entwicklungsbedarf besteht darin, pädagogische Präventionsangebote nachhaltig in die bestehenden (Regel-)Strukturen zu verankern und langfristige Kooperationen anzubahnen. Die aktuelle Präventionslandschaft ist geprägt von Angeboten der Kurzzeitpädagogik, d.h. vor allem von punktuellen Maßnahmen. Demgegenüber fehlt es häufig an längerfristigen Aktivitäten und Kooperationen. Entsprechende konzeptionelle Umsteuerungen und Neuentwicklungen wären wünschenswert.

Literatur

Auernheimer, Georg (2007): Einführung in die interkulturelle Pädagogik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Bozay, Kemal (2009): „...ich bin stolz, Türke zu sein“. Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach/Ts: Wochenschau

Elverich, Gabi (2004): Anhang: Expertise zu den bildungspolitischen Reaktionen auf die Einwanderungsgesellschaft in den Bundesländern. In: Hormel, Ulrike / Scherr, Albert (2004) (Hg.), Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 309-330

Elverich, Gabi/Glaser, Michaela (2009): Mädchenspezifische Perspektiven auf die pädagogische Rechtsextremismusprävention. In: Betrifft Mädchen. 22. Jg. Heft 1, S. 4-11

Eltze, Wiebke (2010): Aktivitäten und Ansätze zur schulischen Rechtsextremismusprävention im bundesdeutschen Ländervergleich. Endbericht zu einer Recherche für das Deutsche Jugendinstitut (unveröff. Manuskript)

Fritzsche, Heike/Liebscher, Doris/Pates, Rebecca (Hg.) (2010): Antidiskriminierungspädagogik. Konzepte und Methoden für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Wiesbaden: VS-Verlag

Glaser, Michaela: Interkulturelles Lernen in Ostdeutschland - Voraussetzungen, Entwicklungslinien und Perspektiven. In: Reiberg, Ludger (Hg.), Berufliche Integration von Jugendlichen in der multikulturellen Gesellschaft", Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007, S.45-54

Glaser, Michaela/Greuel, Frank/Münch, Anna Verena (2012): Ethnozentrismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In:

³² Vgl. Bozay, Kemal (2009): „...ich bin stolz, Türke zu sein“. Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach/Ts: Wochenschau; Greuel, Frank (2009): Ethnozentrismus bei Aussiedlerjugendlichen. Hamburg: Kovac; Glaser, Michaela/Greuel, Frank/Münch, Anna Verena (2012): Ethnozentrismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Kongressband zum 35. Jubiläumskongress der DGS in Frankfurt. Wiesbaden.

³³ Vgl. Glaser, Michaela/Greuel, Frank/Münch, Anna Verena (2012): Ethnozentrismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Kongressband zum 35. Jubiläumskongress der DGS in Frankfurt. Wiesbaden. Welche Antworten dies sind bzw. welche Ansätze und Methoden in diesem Zusammenhang im Feld pädagogischer Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit umgesetzt werden und welche Erfahrungen hiermit gemacht werden, steht außerdem im Zentrum einer Erhebung der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, deren Ergebnisse voraussichtlich 2012 veröffentlicht werden.

Kongressband zum 35. Jubiläumskongress der DGS in Frankfurt. Wiesbaden.

Glaser, Michaela/Johansson, Susanne (2012): Außerschulische und schulische Bildung zu Rechts-Extremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: Bernadette Boos, Reiner Engelmann (Hg.): Rechtsextremismus im Alltag. Karlsruhe: Von Loeper, S. 88-107.

Glaser, Michaela/Rieker, Peter (2006): Interkulturelles Lernen als Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Ansätze und Erfahrungen in Jugendbildung und Jugendarbeit. Halle: DJI

Gramelt, Katja (2010): Der Anti-Bias-Ansatz. Zu Konzept und Praxis einer Pädagogik für den Umgang mit (kultureller) Vielfalt. Wiesbaden: VS-Verlag

Greuel, Frank (2009): Ethnozentrismus bei Aussiedlerjugendlichen. Hamburg: Kovac

Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag

Kohlstruck, Michael (2002): Politische Bildung und Rechtsextremismus. Online verfügbar unter <http://www.loccum.de/material/bildung/kohlstruck.pdf>

Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Münch, Anna Verena (2007): Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Forschungsbericht an die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. In: Berliner Forum Gewaltprävention. 30

Krafeld, Franz-Josef (2000): Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit. In: Deutsche Jugend 48. Jg., H. 6, S. 266-268

Möller, Kurt (2002): Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze der Stärkung von Integrationspotenzialen zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit

und Gewalt auf dem Hintergrund von Anerkennungserfall und Desintegration. Bielefeld/Esslingen (verfügbar unter:

<http://www2.hs-esslingen.de/~moeller/Expertise%20P%C3%A4dagogische%20und%20sozialarbeiterische%20Ans%C3%A4tze%20zur%20Bearbeitung%20von%20Rechtsextremismus.%20Fremdenfeindlichkeit%20und%20Gewalt/>

Osborg, Eckart (2006): Der konfrontative Ansatz der Verunsicherungspädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen. In: Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hg.), Konfrontative Pädagogik. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 165-181

Pingel, Andrea/Rieker, Peter (2002): Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig: DJI

Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Weinheim/München: Juventa